



Blitzkunde

Richtig geärgert hat sich ein VKZ-Leser, als er am Montag einen Blitz relativ knapp hinter dem Ortsschild am Vaihinger Verkehrsübungsplatz entdeckte. „Hat die Stadt es wirklich nötig, gegen die guten Sitten zu verstoßen? Empfohlen werden 30 bis 50 Meter vom Ortsschild entfernt zu messen!!!“, schrieb der Leser. Da innerorts der Vollzugsdienst der Stadt blitzt, fragte die VKZ dort nach. Und in der Antwort heißt es: Nach dem Erlass des Ministeriums



seien mobile Blitzanlagen zwar mit einem Abstand von 150 Metern vor dem Ortseingangsschild aufzustellen. Davon könne allerdings abgewichen werden, wenn eine besondere Gefahrenstelle besteht. Und dies liege in dem Fall vor, da der Radweg quere und es dort auch schon einen tödlichen Unfall gab. Daher sei auch die Geschwindigkeit von 70 auf 50 km/h bereits etwa 80 Meter vor dem Ortseingangsschild verringert, damit der Fahrer rechtzeitig abbremsen muss. Und somit sei das Aufstellen des Blitzers rechtmäßig.

Ortskunde

Am Wochenende ist in Vaihingen das Heimattreffen der Jauerniger in der Patenstadt Vaihingen. Dabei wird das 50-jährige Bestehen des Jauerniger Museums hinter der Stadtkirche gefeiert (wir berichteten). Einige Leser haben sich gefragt, wo eigentlich Jauernig konkret liegt? Rudolf Tinter, der aus diesem Gerichtsbezirk stammt, sorgt für Aufklärung: Jauernig (heute Javornik) liegt an der Ostgrenze von Tschechien, etwa acht Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Die Teilorte reichen bis an diese Grenze heran, die es erst seit 1742 gibt, weil es zuvor eine Einheit mit Schlesien war, daher der Name „Sudetenschlesien“. Nahe dabei liegen die Städte Glatz, Neisse, Bad Landeck, die Kreisstadt Freiwaldau (heute Jeseník), das frühere Breslau (Wrocław) ist rund 50 Kilometer entfernt. Es war seit dem 12. Jahrhundert Siedlungsgebiet mit deutscher Sprache und deutschstämmiger Bevölkerung – bis zur Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/1946. Nach dem 1. Schlesischen Krieg 1742 wurde es von Schlesien abgetrennt und verblieb bis 1918 in der österreichischen-Donaumonarchie, in Nord-Mähren. Den Namen „Sudetendeutsche“ gibt es erst seit 1848 und ist heute in Tschechien verboten. Nachfolgend wurde Jauernig von 1918 an in die neu gegründete Tschechoslowakei eingegliedert, bis 1938/1939, dann wieder deutsch verwaltet bis 1945. Heute, nach der Trennung von Slowaken und Tschechen, liegt Jauernig auf tschechischem Staatsgebiet.

Schriftkunde

Man könnte es Mitnahmeeffekt nennen: Bei der Straßenfesteröffnung in Vaihingen am Samstag durfte, wie berichtet, Bundesminister Dirk Niebel seine Unterschrift im Goldenen Buch der Stadt hinterlassen. Und weil darin noch viel Platz ist, rückten andere Anwesende gleich nach – unter anderem Bundes- und Landtagsabgeordnete. Doch noch ein Gast nutzte die Gunst der Stunde:



László Huber, Bürgermeister von Vaihingens Partnerstadt Köszeg. Denn trotz seiner vielen Besuche an der Enz hatte er es bislang noch nicht in das „Gästebuch“ geschafft. (ub/clar)

Zentrale Lernorte der Geschichte

Regierungspräsident Johannes Schmalzl besucht KZ-Gedenkstätte in Vaihingen – Die Toten haben jetzt einen Namen bekommen

Der Stuttgarter Regierungspräsident Johannes Schmalzl will bei seinem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Vaihingen Mut machen, gegen den Rechtsextremismus vorzugehen. „Wir dürfen in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen, damit unsere Demokratie nicht müde wird.“

VON UWE BÖGEL

VAIHINGEN. Die mehr als 70 Gedenkstätten in Baden-Württemberg, davon 25 im Regierungsbezirk Stuttgart gelegen, sind zentrale Lernorte der Geschichte und leben ganz wesentlich von dem dort geleisteten ehrenamtlichen Engagement. Im Rahmen einer zweitägigen Exkursion in enger Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung erkundete Regierungspräsident Johannes Schmalzl insgesamt acht solcher Orte – darunter am späten Mittwochnachmittag die Gedenkstätte im Glattbachtal. Die Reise sollte dazu beitragen, die Gedenkstätten und die dort geleistete Tätigkeit noch stärker in die Öffentlichkeit zu rücken und das Interesse an ihnen sowie die Anerkennung für sie zu befördern. Bei der Visite waren deshalb auch der Vaihinger Oberbürgermeister Gerd Maisch, sein Vorgänger Heinz Kälberer – er ist auch Gründungsmitglied der Initiative KZ-Gedenkstätte, der stellvertretende Landrat Dr. Utz Remlinger und Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, dabei.

Im November 1990 – kurz zuvor wurde der KZ-Friedhof von Neonazis geschändet – gründete sich eine Initiative in Vaihingen, die sich den Bau und Betrieb einer Gedenkstätte zum Ziel gesetzt hatte. Ein erster Abschnitt konnte im April 2002 eröffnet werden. Er umfasste einen Besucherraum, in dem unter anderem eine Karte aller Lager, die sich im Kreis Ludwigsburg befanden, und ein Modell des Konzentrationslagers „Wiesengrund“ gezeigt werden. Außerdem errichtete der Verein, der heute 120 Mitglieder hat, über den Fundamenten der ehemaligen Bade- und Entlausungsbaracke eine Halle, die über einen Steg zugänglich ist. Weiterhin wurde der Vorplatz des Luftschutzstollens hergerichtet und der Stollenzugang gesichert. In einem zweiten Abschnitt wurde bis 2005 unter dem Hallendach eine „Blackbox“ eingebaut, in der das Geschehen der Jahre 1944/45 audiovisuell vermittelt wird.

Am Mittwoch wurde ein weiteres Projekt des Vereins KZ-Gedenkstätte Vaihingen realisiert: Auf dem Friedhof, wo sich die sterblichen Überreste von 1267 Opfern befinden, die im KZ „Wiesengrund“ zwischen dem 4. Oktober 1944 und dem 12. April 1945 gestorben sind, sind jetzt Tafeln aufgestellt worden. Damit bekommen die Toten einen Namen. „Bisher waren auf den Grabsteinen immer nur Zahlen gestanden. Wir wussten nicht, wer wo liegt“, sagte Bernhard Freckmann, Vorsitzender der Initiative. Die Namen der Opfer sind jetzt in den vier Stelen eingelasert und dem Alphabet nach geordnet. Nur mit Hilfe von Sponsoren konnte die Initiative das 40 000 Euro teure Projekt stemmen. Eine offizielle Einweihung gibt es am 13. Oktober.

Die Homepage der Initiative KZ-Gedenkstätte ist mittlerweile in vier Sprachen im Netz: deutsch, englisch, französisch und polnisch. „Damit können wir das Interesse von Überlebenden und Angehörigen befriedigen“, so Jörg Becker von der Initiative. Grund für das Arbeitslager zwischen Vaihingen, Ensingen und Kleinglattbach war das Rüstungsprojekt „Stoffel“. In einem aufgegebenen Steinbruch der Firma Baresel sollte einer von sechs „Großbunkern“



Felix Köhler (rechts) von der Initiative KZ-Gedenkstätte führt die Besucher. Von links der frühere Vaihinger OB Heinz Kälberer, Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Landratsstellvertreter Utz Remlinger, Oberbürgermeister Gerd Maisch und Regierungspräsident Johannes Schmalzl.

Fotos: Bögel



In den Stelen sind die Namen der Toten, die auf dem Vaihinger KZ-Friedhof beerdigt sind, eingelasert. Offiziell wird das Mahnmahl am 13. Oktober eingeweiht.

entstehen, die von dem am 1. März 1944 eingerichteten „Jägerstab“ zur Steigerung der Flugzeugproduktion geplant worden waren. Mit der Durchführung der Baumaßnahmen, die die höchste Dringlichkeitsstufe erhielten, wurde die „Organisation Todt“ beauftragt. Bei der Suche nach geeigneten

und sofort verfügbaren Bauplätzen war man in Vaihingen fündig geworden, wohl deshalb, weil das Gelände für Versuche mit dem Katapult eines unbemannten Flugobjekts, der sogenannten „V 1“ (Vergeltungswaffe 1), bereits militärisch genutzt wurde, so der Vaihinger Historiker Dr. Manfred

Scheck in seinem Beitrag für das Buch „Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg“.

Ein Großteil der benötigten Baumaterialien sowie die meisten der Bauarbeiter, die ab April 1944 nach Vaihingen – damals 3500 Einwohner – transportiert wurden, kamen von den aufgegebenen Baustellen am Atlantikwall in Frankreich. Neben Arbeitskräften der „Organisation Todt“ und über 1000 Zwangsarbeitern wurden ab Mitte August 1944 auch rund 2200 KZ-Häftlinge eingesetzt, die von Radom kommend, bei der berüchtigten Selektion auf der Rampe in Auschwitz als arbeitsfähig gemustert worden waren. Im Glattbachtal war für deren Unterbringung ein auf fünf Baracken bestehendes Konzentrationslager eingerichtet worden, dem die Nazis den zynischen Namen „Wiesengrund“ gegeben hatten. Organisatorisch war es als Außenlager dem KZ Natzweiler im Elsaß unterstellt.

Im Oktober 1944 wurden die Arbeiten eingestellt und das Lager als „Kranken- und Erholungslager“ für die in Südwestdeutschland gelegenen Außenlager des KZ Natzweiler betrieben. Während die meisten der arbeitsfähigen Häftlinge in andere Arbeitslager gebracht wurden, kamen im Laufe der nächsten Monate rund 2400 kranke Häftlinge nach Vaihingen. „Hier dämmerten sie ohne medizinische Versorgung in grimmiger Kälte und bei unzureichender Ernährung dem Tod entgegen“, schreibt Manfred Scheck.

Obwohl das Lager bereits Mitte April 1945 wegen der von ihm ausgehenden Seuchengefahr niedergebrannt wurde, haben sich aus beiden Phasen des Lagers Spuren erhalten: einige Fundamente der Baracken im Glattbachtal und ein Luftschutzstollen ebenso wie Kranfundamente der Baustelle sowie Schienen und Weichen der Verladeanlagen. Das eindrucksvollste Mahnmahl aber ist der Friedhof, auf dem 1267 der über 1500 Todesopfer beigesetzt sind.

Geldstrafe wegen Asbest

63-Jähriger nach Verstoß gegen Gefahrstoffverordnung verurteilt

LUDWIGSBURG (hr). Wegen eines Verstoßes gegen das Chemikaliengesetz hat das Ludwigsburger Strafgericht einen 63-jährigen Ruheständler aus Freiberg zu einer Geldstrafe von 2000 Euro verurteilt. Der Ex-Immobilienmakler hätte einen Strafbefehl über 50 Tagessätze zu jeweils 50 Euro akzeptieren können. Aber er war sich eigener Aussagen nach „keiner Schuld bewusst“ und erntete damit einen Schuldspruch.

Der Angeklagte zeigte sich vor Gericht geradezu hartnäckig und hatte seine Verteidigerin auf eine Einstellung des Strafverfahrens ausgerichtet. Die gab es aber nicht, da der Sachverhalt dank der Zeugenaussage eines Sachbearbeiters für Umweltdelikte von der Polizeidirektion Ludwigsburg erwiesen war. Demnach hatte der Angeklagte am 14. Juli 2012 auf seinen mit Asbest bedeckten Garagendächern mit dem Hochdruckreiniger gearbeitet und dadurch Asbestpartikel in die Luft gesetzt hat. Nach der Gefahrstoffverordnung sind Besitzer älterer Häuser zwar nicht gezwungen, Asbest oder alte Eternit-Platten zu entfernen, aber Partikel aufwirbeln zum Beispiel mit Reinigungsgeräten dürfen sie nicht.

Es war ein Nachbar, der den späteren Angeklagten anzeigte, weil er ihn in einer „Wasserwolke auf dem Garagendach“ bemerkte. Und mit den Nachbarn hat der Angeklagte seinen eigenen Angaben nach „Unstimmigkeiten“. Der 79-jährige Nachbar, der die Marbacher Polizei fragte, „ob so etwas erlaubt ist“, gab an, sein eigenes Dach schon vor Jahren vom Asbest befreit zu haben. Mit der Entnahme einer Probe vom Gargendach des Angeklagten hatte der Umweltdelikt-Experte aus Ludwigsburg so seine Schwierigkeiten, denn der Mann stimmte der Probennahme nicht freiwillig zu. Die in der Luft befindlichen Asbestpartikel konnten aber nachgewiesen werden.

Er habe von den Asbestplatten ganz gewiss nichts gewusst, behauptete der Angeklagte bis zum Schluss des Prozesses. Seine Mutter habe in den 80er Jahren das Dach erneuern lassen, daher habe er gedacht, es sei schon alles in Ordnung. Dass er gegen die aus dem Arbeitsschutz für Bauarbeiter entstandenen Gefahrstoffverordnung verstoßen hat und sich sowie andere einer gesundheitlichen Gefahr aussetzte, wollte der Mann nicht wissen.

Im Kasten



Die Sommerferien sind vorbei, Weihnachten steht vor der Tür. Diesen Eindruck vermitteln Lebkuchen und Christstollen, die es bereits im Supermarkt zu kaufen gibt. Foto: Elsässer